

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

8.7.1924 (No. 157)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 am Höhe und ein
Zielentgelt. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und vorzuziehen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge
weiser Beizahlung und Kontourverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder
in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Abbestellung der Zeitung kann nur je 14 25. auf Monatsablauf erfolgen.

Die Politik der Deutschen
Volkspartei

Die Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei, die am Sonntag in Frankfurt a. Main stattfand, hat in kurzen Worten folgendes Ergebnis gehabt: Die Partei stellt sich außenpolitisch hinter die Politik ihres Führers, des Reichs- und Innenministers Stresemann, u. ist für Annahme des Sachverständigenberichts, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine Reihe von Bedingungen erfüllt werde, nämlich Wiederherstellung der vollen Hoheitsrechte des Reiches, wirtschaftliche und militärische Räumung der neu besetzten Gebiete, Ausschließung aller Neubesetzungen für die Zukunft, Rückgabe der Regiebahnen, Aufhebung der Zollgrenze, Aufheben der Mikulasten, Rückkehr aller Vertriebenen und Gefangenen. Innenpolitisch erklärt sich die Partei in einer Resolution dem Sinne nach für den "Bürgerblock", zu dessen Bildung sie sich stets bereit halte.

Außenpolitisch scheint also Stresemann auf der Frankfurter Tagung einen gewissen Erfolg errungen zu haben. Dagegen kann man sich kaum vorstellen, daß die innenpolitische Resolution mit seinen Grundansichtungen übereinstimmt. Stresemann will — gerade, weil er als Außenminister manches anders und klarer sieht, als die reinen Parteimitglieder seiner Partei — feinen prinzipiellen Trennungstrieb zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie. Noch letzthin seine Karlsruher Rede hat bewiesen, daß Stresemann für eine Politik, die nach dem Muster des alten Systems die Sozialdemokratie bewußt in die Opposition drängt, nichts übrig hat und überhaupt die Frage der Koalition lieber nach den praktischen Bedürfnissen des Augenblicks beantworten möchte, ohne Bindung auf eine ganz bestimmte Zusammenfassung dieser Koalition.

Stresemann weiß ganz genau, wie das Ausland darauf reagieren würde, wenn wir in Deutschland zu einer Politik zurückkehren würden, die der der Vorkriegszeit ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern, weil letzten Endes dieselben Männer und dieselben Volksschichten sie bestimmen, nur mit dem einen Unterschied, daß jetzt der oberste Gipfel der Machtpyramide, die Institution der Monarchie, fehlt. Denn die maßgebenden Persönlichkeiten im sogenannten "Bürgerblock" würden ja ganz sicher nicht Stresemann und seine Freunde sein, sondern die Deutschnationalen und hinter ihnen die Deutschsozialisten. Der "Bürgerblock" wäre schon bei den letzten Verhandlungen über die Bildung des Reichsministeriums zustande gekommen, wenn nicht die alten Koalitionsparteien das unverhoffte Streben der Deutschnationalen nach einer allmächtigen Position gut genug durchschaut hätten.

Offenbar nimmt der Zentralvorstand der deutschen Volkspartei aber an, daß dieses Streben inzwischen etwas nachgelassen hat. Denn sonst hätte er nicht jene Resolution fassen können, die den "Bürgerblock" im Reich als die einzig mögliche Koalition empfiehlt.

Die Wirkung der Resolution wird aber zweifellos eine ganz andere sein: Die Deutschnationalen werden aus ihr vor allem herauslesen, daß die Deutsche Volkspartei sich nach der Koalition mit ihnen sehnt, und sie werden diese Sehnsucht mit neuer Verstärkung auf ihre Machtsprüche beantworten.

Möglich ist ja auch, daß die Führer der deutschen Volkspartei diesen Effekt voraussehen und aus wahltaktischen Gründen (preussische Landtagswahlen) die Deutschnationalen vor allem Volke ins Unrecht setzen, d. h. ihnen die Verantwortung für das etwa erneute Scheitern des "Bürgerblocks" zuschlagen wollen. Wie gesagt: es ist möglich, daß die Führer so kalkulieren. Was werden sie aber tun, wenn die Deutschnationalen in Konsequenz jener Resolution von der Deutschen Volkspartei das Ausschneiden aus der in Preußen regierenden großen Koalition verlangen?

Da in der Lage, in der sich Deutschland befindet, eine Trennung von Innen- und Außenpolitik gefährlich ist, zum mindesten aber das Wort von dem Primat, der Vorrangstellung der Außenpolitik, zu gelten hat, sind eigentlich alle parteipolitischen Bestrebungen, die eine Verdüsterung der außenpolitischen Situation mit sich bringen müssen, abzulehnen, also muß auch im Augenblick die Propagierung der Idee eines Bürgerblocks (mit deutschnationaler Spitze) außerpolitisch schädlich sein. Und doch hat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei diese Propagierung nicht unterlassen können. Obwohl er doch zuvor der Außenpolitik Stresemanns zustimmt! Da scheint ein Widerspruch zu bestehen, und zwar ein Widerspruch, der so groß ist, daß auch die gewandte Hand eines Stresemann ihn nicht beseitigen konnte. Und so hat er ihn denn in der Form der beiden Resolutionen hingenom-

men, dieser beiden Resolutionen, die sich beim besten Willen nicht unter einen Generalnamen bringen lassen.

Wie sehr die außenpolitische Rücksicht die innere Politik zu beeinflussen hat, und wie nötig es wäre, daß auch die Deutsche Volkspartei die Schlussfolgerung daraus zöge, zeigt uns am besten ein Leitartikel, den der Chefredakteur der "Badischen Presse", der selber enge Beziehungen zu Stresemann hat und die Frankfurter Tagung mitmachte, gestern Abend in seinem Blatt veröffentlichte. Wir geben die wichtigsten Stellen dieses Artikels in folgendem wieder:

"Zweifellos würden wir über die innenpolitischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leichter hinwegkommen, wenn alle staatsbehaltenden Parteien des Bürgertums sich zur gemeinsamen Arbeit vereinigten, schon im Hinblick allein auf den Einfluß der Deutschnationalen auf die Kreise der Landwirtschaft. Der Scheitern dieser Zeiten vertrat aus diesen und ähnlichen Gründen nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen auch den Gedanken einer bürgerlichen Koalitionsbildung. Er hat dabei eines übersehen. Es ist für die Außenpolitik nicht entscheidend, wie die Deutschnationalen im Laufe der Jahre sich gewandelt haben, nicht entscheidend, ob sie, an der Regierung beteiligt, dem Dawesplan zustimmen und den inneren Notwendigkeiten des neuen Staates Rechnung tragen würden, entscheidend ist, angesichts der machtpolitischen Verhältnisse für unsere Außenpolitik wie das Ausland auf die Deutschnationalen reagiert. In den Vereinigten Staaten — und Amerika ist entscheidend — stieß ich überall auf ein noch ganz unbewundliches Vorurteil gegen die Deutschnationalen, die dort mit den Deutschsozialisten in einem Topf geworfen werden. Überall löst es Kopfschütteln und schwerste Sorgen für die weitere Entwicklung der internationalen Angelegenheiten aus, als es aus den Berliner Nachrichten den Anschein gewinnt, als ob die Deutschnationalen führend in die deutsche Regierung eintreten würden. Soweit die schwachen Einflußmöglichkeiten eines einfachen deutschen Journalisten es gestatten, habe ich in vielen Gesprächen mit einflussreichen Persönlichkeiten der Politik und Wirtschaft diesem Vorurteil in Amerika entgegenzutreten versucht. Man mußte ja mit der Möglichkeit einer bald vollendeten Laftade rechnen, und versuchen, "to make the best of it". Zu erreichen war nichts, die Leute wurden höchstens gegen den deutschen Gesprächspartner mißtrauisch und hinsichtlich selbst gewünschter Informationen zugesperrt. Wie die deutschen Regierungsverhältnisse heute liegen, kann Coalidge einen Sachverständigen zur Londoner Konferenz schicken. Eine Entscheidung von ganz unheilvoller Bedeutung. Lloyd George vergleicht in einem Artikel in "Daily Chronicle" diesen Beschluß Coalidges mit der plötzlichen Kriegserklärung Wilsons und stellt Amerikas Kriegserklärung diesem Schritt als "Amerikas Friedenserklärung" gegenüber. Wenn jetzt die Deutschnationalen vor oder während der Londoner Konferenz oder auch nach während der ersten Phasen der Durchführung der Pläne, solange also die Ernte der Möglichkeiten nicht endgültig gesichert in die Schauer gebracht ist, in die Regierung hineingezogen würden oder wenn auch nur eine Tendenz nach dieser Richtung hin von Seiten der Regierung oder der Regierungsparteien in die Erscheinung träte — das Ausland nimmt selbstverständlich den Außenminister für seine Partei —, so würde die Wallstreet, die das Geld zu geben hat, und so würde das amerikanische Staatsdepartement, von wo die Wallstreet die politischen Instruktionen erhält, abschöpfen. Nicht zu vergessen ist auch in irgend einem Augenblick, daß Macdonald Sozialist und Herriot Radikalsozialist ist, was im Hinblick auf eine etwaige Aussperrung der Sozialdemokraten aus der preussischen Koalition nicht bedeutungslos sein dürfte.

Die ganze Aufgabe der Durchbringung des Dawes-Gutachtens als einer Einheit, will sagen mit den politischen Vereinigungen und den Entwicklungsöffnungen für uns, die es enthält und gegen die man sich in Frankreich noch mehr, ist eine außerordentlich schwierige und heikle Aufgabe. Diese Aufgabe kann einmal nur durchgeführt werden von dem Mann, der die ganze Materie aus altem Riterleben und Mitgestalten von Anbeginn an vollkommen beherrscht, der die persönlichen internationalen Fäden in der Hand hält und dessen Fähigkeit und Loyalität die Gegenspieler eine allmächtig aufgezwungene Achtung und ein gewisses Maß von Vertrauen entgegenbringen. Aber auch dieser Mann kann seine Aufgabe nur durchführen, wenn er Amerikas sicher ist und wenn weiter die Verhandlungsumgebung unfererseits nicht mit der geringsten negativen Elektrizität geladen wird. Die Frage für den Parteimann, der die Dinge so mit sich führt, ist dann, ob die rein innerwirtschaftlichen Gefahren schlimmer sind als die Folgen die aus der Nichtannahme des Dawesgutachtens erwachsen können. Dabei ist einzuschalten, daß die entscheidende politische Frage für uns in dieser Zeit nicht ja gar nicht die ist, ob wir das Dawesgutachten annehmen, sondern ob es die Gegenparte in der Gesamtheit, als Einheit, mit Übernahme aller politischen Konsequenzen annimmt und zur Durchführung gelangen läßt. Darüber ob wir den Dawesplan annehmen oder nicht, darüber dürfte es eigentlich keinen Zweifel mehr geben. Eine Volksabstimmung zum mindesten würde als Gegner der Annahme nur ein winziges Gruppchen sehen. Ein Votum findet sich schon damit ab, und die Deutschnationalen im Reichstag werden schließlich in ihrer Mehrzahl sicher nicht dagegen stimmen. Sie suchen eifrig danach, die richtige Überleitung zu einer ruhigeren, überlegteren Stellungnahme zu finden. So fällt die Verantwortung der oben gestellten Frage nicht schwer, auch für den Parteimitarbeiter nicht, wenn er nämlich den Gesichtskreis nicht zu eng zieht. Erreicht Stresemann das Ziel, das er sich gesetzt hat und zogen sich in allmählicher Auswirkung die großen,

politischen und wirtschaftlichen Folgen dessen, was dem einen oder anderen heute noch als Unterschrift eines Dokuments erscheint, so kann seine Partei nach dem "Wiederaufbau des Reiches" werden, was die nationalliberale Partei nach der "Gründung des Reiches" war. Gelänge es auch jetzt, in der Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen vorübergehend wirtschaftliche Ziele abzuwenden oder die Erbitterung der wirtschaftlich Notleidenden, der Arbeiter, der Generalsoldaten und der Industriellen, auf eine größere Regierungsbasis abzulenken; wenn das Dawesgutachten nicht zur Annahme und Durchführung gelangt, so werden wir eine wirtschaftliche Katastrophe erleben, gegen die alles bisher Erlebte, einschließlich der letzten Inflationsmonate im vorigen Jahr, Kinderpiel war, und dann können sich mit der Deutschen Volkspartei die Deutschnationalen, die Demokraten, das Zentrum und die Sozialdemokraten begraben lassen. Dann würde es nur noch Extreme rechts und Extreme links geben, Bürgerkrieg und "Finis germaniae" stehen als rote Gespensternadeln hinter dieser Möglichkeit."

Die Pariser Reise Macdonalds

Die Ankündigung der Ankunft Macdonalds in Paris hat dort offensichtlich einen sehr guten Eindruck gemacht. Für Herriot bedeutet der Besuch des englischen Premierministers einen starken Prestigezuwachs, denn auch seine politischen Gegner vermögen nicht gut in Abrede zu stellen, daß dieses ungewöhnliche Entgegenkommen Ramsay Macdonalds ausschließlich auf das Konto der loyalen und aufrichtigen Verhandlungspolitik Herriots zu setzen ist. Der Umstand, daß Macdonald vom Staatssekretär Eyre Creeve begleitet sein wird, deutet darauf hin, daß man sich diesmal nicht auf die Diskussion allgemeiner Prinzipien beschränken wird, sondern über die technischen Modalitäten der Durchführung des Sachverständigenprogramms herbeizuführen. Die Initiative Macdonalds ist um so glücklicher, als sie nicht nur die Spannung zwischen London und Paris restlos beseitigt, sondern zugleich auch den Wandern der Opposition, die bereits damit gerechnet hatte, Herriot durch ihre Interpellationen in Kammer und Senat zu Fall zu bringen, den Boden entzieht.

WTB. Paris, 8. Juli. Zu der bevorstehenden Verhandlung zwischen Macdonald und Herriot schreibt der "Reit Parisien": Die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten werde — wie man hoffen müsse — nicht nur den Vorteil haben, jedes Mißverständnis zwischen ihnen zu beseitigen, sondern auch die, beider Thesen einander näherzubringen, deren ernste Meinungsverschiedenheiten den Verhandlungswegfall untertrüben habe.

Der "Gaulois" schreibt, nichts ist merkwürdiger, als das Schauspiel, dem wir gegenwärtig beizuwohnen. Es wird vom britischen Kabinett eine doppelte Rettungsaktion unternommen; einmal die Rettung des Ministeriums Herriot, das durch die Verhandlungen von Chequers kompromittiert sei, und dann eine Rettungsaktion der Entente, die durch eine heftige Polemik gegen das Memorandum des Foreign Office mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Das Blatt gibt zu, daß die offiziellen Kreise einen Schritt unternommen hätten, dessen Aufrichtigkeit nicht angezweifelt werden könne, und daß die öffentliche Meinung in Frankreich den Eindruck geben müsse, daß sie in dieser Angelegenheit keine Hintergedanken hätte.

Das "Journal" schreibt: Macdonald habe sehr wohl die doppelte Gefahr des Umschwunges der öffentlichen Meinung in Frankreich bemerkt. Wenn die Stellung des Kabinetts Herriot erschüttert worden wäre, dann wäre die Konferenz vom 16. Juli in Frage gestellt worden. Die Entente wäre bedroht gewesen. Eine Wiederaufnahme der Diskussion sei nötig, da wichtige Meinungsverschiedenheiten fortbestanden hätten. Hierfür könne der Beweis in der gestrigen Parlamentsverklärung des englischen Premierministers erbracht werden.

WTB. Paris, 8. Juli. Der "Temps" polemisiert bestig gegen Macdonalds Politik und erblickt in der von Eyre Creeve vorgesehenen Regelung eine flagranter Verletzung und eine unnötige Komplikation. Die Anregung laufe darauf hinaus, eine schiedsgerichtliche Entscheidung obligatorisch zu machen für sämtliche Reparationsfragen, nicht allein soweit Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beständen, sondern auch dann, wenn es sich um einen Konflikt zwischen Deutschland einerseits und sämtlichen Alliierten andererseits handele. Es würde auch auf die Sicherheitsfrage übergegriffen. Die französische Regierung habe in keiner Form ihre Zustimmung zu irgend einer der in der englischen Verhandlung enthaltenen Ideen erteilt. Sie habe sich vorbehalten, sie zu prüfen. Das erwartete französische Memorandum werde nichts anderes, als das Ergebnis dieser Prüfung auseinandersetzen. Frankreich, Belgien und Italien würden ebenfalls Vorschläge zu machen haben und jeder habe die Hände frei. Zu wünschen sei nur, daß eine Verständigung bald erfolge.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Dösch, hatte Montagabend eine neue Unterredung mit Herriot. Die Aussprache hatte die Stellung der deutschen Regierung gegenüber dem Sachverständigenprogramm und den in Aussicht genommenen Modalitäten seiner Durchführung zum Gegenstand.

Die Aussichten der Londoner Konferenz

WTB. London, 8. Juli. Einer vom Neutieschen Büro veröffentlichten Mitteilung zufolge, ist nichts vorhanden, was die Auffassung bestätigt, daß der Zeitpunkt der Konferenz verschoben werden könnte, oder daß der Zusammenkunftsort geändert worden sei.

WTB. London, 8. Juli. Reuters Parlamentsberichterstatter zufolge, werde in rechtlichen Kreisen angenommen, daß die Lage durch eine mögliche Werkschließung in Paris den Weg zur Konferenz in London am 16. Juli ebnen werden, deren Aussichten durch die letzten Entwicklungen etwas gebessert seien.

Außerungen Herrists

WTB. Köln, 7. Juli. Herrist gab dem Pariser Vertreter der „Köln. Volkszeitung“ zufolge in einer Unterredung eine eingehende Aufzeichnung, in der es heißt: „Die größte Wohltat, die die Menschen wünschen können, ist der Friede.“

Macdonald über seine Politik

Im englischen Unterhaus erklärte Macdonald, die Angriffe, die gegen die britische Regierung gerichtet wurden, weil sie angeblich versuche, die Reparationskommission auszuschalten, seien unangebracht. Die Regierung habe sich im Augenblick nicht mit dem Vertrag von Versailles, sondern mit dem Sachverständigenrat zu befassen, das Deutschland einige Verpflichtungen auferlege, die außerhalb des Versailles-Vertrages ständen.

Macdonald teilte dann mit, wie die als „aktlos“ bezeichnete Einladung zur Londoner Konferenz von Belgien, Italien und Japan aufgenommen worden sei. Der belgische Minister des Äußeren habe dem französischen Vorkämpfer erklärt, er könne nicht einsehen, weswegen die Schwierigkeiten entstanden seien.

Die britische Regierung habe angeregt, einen Tag im August oder September festzusetzen, bis zu dem alle Vorbereitungen zu dem Dawesbericht getroffen sein sollten, die deutschen Gesetze angenommen sein würden usw. Dann sollte an diesem Tage die ganze Maschinerie in Tätigkeit gesetzt werden.

Eine italienische Stimme

WTB. Rom, 7. Juli. Der Mussolini nachstehende Senator Mattiacci erklärte in der „Tribuna“ den französisch-englischen Gegensatz darauf zurück, daß die Franzosen sich nicht bewußt geworden sind darüber, wie sehr die Häuser von Regnes die öffentliche Meinung Englands erobert haben. Dieser neue Gemütszustand, den die Franzosen mit verschuldet hätten, mache eine Reihe von Klauseln des Friedens von Versailles unmöglich.

Die Räumung des Ruhrgebietes

Zu verschiedenen Meldungen amerikanischer Blätter schreibt die Berliner „Zeit“, Deutschland habe die Ausarbeitung der durch das Sachverständigenrat notwendigen Gesetze und ihre parlamentarische Erledigung, sowie die Teilnahme an der Londoner Konferenz nicht an die Bedingung geknüpft, daß es Sicherheiten für die Räumung des Ruhrgebietes und der Sanktionsstädte haben müsse.

Beurteiler Landesverrat. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet, wurde der ehemalige Leiter der Kreisstellenstelle Nothof, Sundermann, vom Hofstadter Oberlandesgericht wegen Landesverrats zu 3 Jahren Zuchthaus, 1000 Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

Politische Neuigkeiten

Ein bayerischer Deutschnationaler über Hochverrat und Republik

Im Rechnungsausschuß des bayerischen Landtags, der über die völkischen Anträge auf Amnestierung der Novemberverbrecher von 1923 verhandelte (die damit begründet wurden, daß die Aufhebung gegen die Tat der Novemberverbrecher von 1918 nur berechtigt gewesen sei), erklärte der neue bayerische Justizminister Dr. Gürtner, daß der Staat, der auf das Recht der Selbstbehauptung verzichte, sich seines Rechts begeben würde.

Wenn man sage, das sei eine Reaktion gegen den Hochverrat von 1918 gewesen, so sei das nicht richtig. Die Schaffung des jetzigen Staates sei kein Hochverrat gewesen, sondern sei geschehen in der Ausübung des höchsten Rechtes des Volkes, nämlich sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Wir sind gespannt auf das Echo, das diese Ausführungen im eigenen Lager des Redners werden werden. Bisher haben die Deutschnationalen doch stets eine ganz andere, durch logische und sachliche Erwägungen in feiner Weise getriebene Haltung eingenommen und behauptet, dem deutschen Volke sei die Monarchie 1918 arglistig und verräterisch gestohlen worden, und es fehle den Tag herbei, sie wieder herzustellen!

Das Urteil im Prozeß Herrmann

Das nach langer Beratung Montag mittag gefällte Urteil des Weimarer Schöffengerichts in der Anklage gegen den früheren hüringischen Innenminister Herrmann und verschiedene ihm unterstellte Beamte lautet:

Gegen den Minister Herrmann auf einen Monat Gefängnis, umgewandelt in 1000 Mark Geldstrafe für falsche Beurkundung in fortgesetzter Handlung, 2 gegen den Referenten Kunze auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis wegen Beihilfe im obigen Fall, selbständiger Urkundenfälschung und Begehung von Akten sowie wegen Anstiftung zu falscher Beurkundung, gegen den Kreisdirektor Pörschmann auf in 1000 Mark Geldstrafe umgewandelte Gefängnisstrafe wegen falscher Beurkundung in einem Fall, gegen den Kreisdirektor Renner in ähnlicher Weise auf 1200 Mark für zwei verurteilte Fälle und gegen Kreisdirektor Paulian auf 500 Mark Geldstrafe. Kreisdirektor Koch wurde dem Antrag des Oberstaatsanwalts entsprechend freigesprochen.

Zu der Urteilsbegründung heißt es, daß bei keinem Angeklagten unlautere Motive vorliegen und daß Herrmann lediglich die Befehle der Kreisdirektoren gehorcht habe.

Französische Militärwillkür

Der französische Oberbefehlshaber in den besetzten Gebieten an Rhein, General Degoutte, hat den „Hilfsbund für die Elbsaß-Lothringer im Reich“, die wirtschaftliche Interessenvertretung der anlässlich des Kriegeschlusses aus Elbsaß-Lothringen von den Franzosen verdrängten Deutschen, im neu besetzten Gebiet „aufgelöst“ und verboten, mit der Begründung, daß diese Gesellschaft eine Gefahr für die Sicherheit der Besatzungsgruppen und der öffentlichen Ordnung bilde.

Kurze Nachrichten

Das Urteil im Graff-Prozeß. Am heutigen Dienstag, morgens kurz nach halb 10 Uhr, verkündete, wie aus Stettin gemeldet wird, der Vorsitzende im Graff-Prozeß das Urteil: Es lautet gegen Graff und Engerer wegen Raubes auf Todesstrafe, Schwirer wurde freigesprochen. Die Akten werden, soweit freispruch erfolgt, der Staatsanwaltschaft, im übrigen den Anwälten. Das Urteil ist beschlagnahmt.

Sittler. Der „Völkische Kurier“ läßt sich von Adolf Sittler aus Landsberg mitteilen, daß er die Führung der nationalsozialistischen Bewegung niedergelegt und sich für die Dauer seiner Inhaftierung jeder politischen Tätigkeit enthält. Wie das Blatt weiter meldet, ist Straffer mit der Vertretung Sittlers beauftragt worden.

Eine Pfälzergegendfeier in München. Unter starker Beteiligung der Bevölkerung Münchens, der bayerischen Vaterländischen Kreisvereine, insbesondere der Pfälzer landmannschaftlichen Verbände, der pfälzischen Ausgewiesenen und der Regimentsvereinigungen ehemaliger pfälzischer Formationen wurde am Sonntag in München an der Pfalz ein Gedenkstein für die 30 000 im Weltkrieg gefallenen Pfälzer feierlich enthüllt.

Mattes abgesetzt. In einer Sitzung des Jungdeutscher Ausschusses des separatistischen „rhein-westfälischen Volksbundes“ wurde gestern abend Mattes, der Gründer und bisherige Leiter des Bundes, ausgeschlossen. Gegen Mattes war von seinen eigenen Leuten der Vorwurf erhoben worden, daß er in der jüngsten Zeit ein unerhört brüskes Auftreten in seinen politischen Handlungen an den Tag gelegt habe.

1300-Jahrfeier der Stadt Soest. Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Soest, waren am Sonntag 1300 Jahre seit der Gründung der Stadt Soest verfloßen. Aus diesem Anlaß hatte die alte Hanfsstadt ein Fest veranstaltet, an dem 50 000 Gäste aus Westfalen, Hessen und dem Rheinland teilnahmen.

Griechenland vor einem neuen Staatsstreich? Nach einer Meldung des „Matin“ aus Belgrad, berichten dortige Blätter über den Ausbruch von Unruhen in Mazedonien. Griechenland stünde vor einem neuen Staatsstreich seitens der Anhänger der alten monarchistischen Verfassung.

Die Lage in Brasilien. In Brasilien sollte nach Blättermeldungen eine Militärrevolution ausgebrochen sein. Der „Times“ zufolge, gibt die brasilianische Volkspartei in London bekannt, daß nach amtlichen Berichten der Zustand in einer militärischen Garnison unterdrückt wurde. Im ganzen Land herrsche im übrigen volle Ordnung.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Kultus- und Unterrichtsministerium

Der Haushaltsausschuß trat am vorigen Freitag ein in die Behandlung derjenigen Fragen, die sich dem Problemkreis der höheren Lehranstalten ergeben. Der Berichterstatter Abg. Wälfert (Soz.) gab zunächst eine Reihe von Eingaben bekannt. Von einem Redner des Zentrums wird scharf gegen die Sportfeste an den höheren Lehranstalten Stellung genommen.

Es entwickelte sich weiter eine lebhaft ausgesprochene über den Zugang, vielmehr den Zustrom zu den höheren Lehranstalten. Der Verlust des Vermögens und der immer schwerer werdende Kampf ums Brot läßt vielen Eltern die erhöhte Schulbildung als einziges Kapital erscheinen, das sie ihren Kindern mit ins Leben geben können. So kommt es, daß auch an Ostern dieses Jahres ein außerordentlich starker Andrang zu den höheren Lehranstalten bemerkbar war.

Ein Vertreter der Lb. Volkspartei wünschte, daß an den Schulen die Geschichte der deutschen Nationentwicklung betont werden solle; er wandte sich gegen das Geschichts-Lehrbuch von Müller. Von einem demokratischen Vertreter wurde unbedingt die Erhaltung der Grundschule gefordert; die Seminare Ettlingen und Meersburg sollten in Aufbau-Realschulen umgestaltet werden. Auch vom Zentrum wird für den Gedanken der vierjährigen Grundschule als Unterbau eingetreten.

Am Nachmittag ergriß dann der Unterrichtsminister das Wort zu hochinteressanten, grundsätzlichen Darlegungen. Der „Bad. Beob.“ berichtet darüber: Immer höher stieg das Interesse der Ausschlußmitglieder, und es war schließlich, als hätte sich der Raum in einen Hörsaal verwandelt. In umfassender Übersicht charakterisierte der Redner Grundlage und Ziel der einzelnen höheren Lehranstalten, den neuen Gedankengängen und den zeitgemäßen Forderungen der Jugendbildung Rechnung tragend, aber mit feiner Rücksichtnahme auf den wertvollen Besitz der klassischen Geistesbildung. Da diese wertvollen Ausführungen in irgend eine Form der Öffentlichkeit noch zugänglich gemacht werden sollen, so können wir uns hier mit diesem kurzen Hinweis begnügen. Besonders soll noch hervorgehoben sein, daß der Unterrichtsminister dem Gymnasium seine eigentliche Aufgabe wieder zuweisen will ohne Konzessionen an das augenblickliche Nützlichkeitprinzip. Die lateinische Literatur soll nicht nur im Rahmen der alten Klassiker gegeben werden, sondern die lateinische Retiküre soll auch wertvolle Stücke aus der Literatur des Mittelalters bringen. So soll jede Lehranstalt vom Gymnasium bis zur Reform-Realschule einen geschlossenen Typ darstellen, aufgebaut auf der klassischen, der moderneren (englisch-französisch) oder der deutschen Geistesbildung. Da aber nur ein kleiner Teil der Schüler bis zum Abitur gelangt, und noch ein weitaus größerer Teil überhaupt die den Anstalten vorgestellten Ziele gar nicht erreichen, sondern nur eine gute geistige Schulung als Vorbereitung für einen praktischen Beruf sich eringen will, so soll diesem Bedürfnis durch eine neu zu begrenzende Schulgattung, etwa in Anlehnung an die Volksschule, Rechnung getragen werden.

Der Kultusminister wandte sich dann noch scharf gegen die Sportfeste wie sie z. B. beim „Bogen“ zum Ausdruck kommen, aber eine gesunde körperliche Betätigung der Jugend sei notwendig und nützlich.

Ein sozialdemokratischer Vertreter fragt an, warum man im Ministerium und an den höheren Lehranstalten über 60 Jahre alte Räte, bezw. Direktoren nicht abgebaut habe; das sei für weiteste Kreise, nicht nur der Lehrerschaft schwer erträglich.

Von Regierungseite wurde erwidert, daß man diese Herren deshalb belassen habe, weil sie auf Grund ihrer langjährigen Praxis besser geeignet schienen, in dem bezw. Bezirk den Abbau durchzuführen, als jüngere, neue hinzugelommene Herren.

Die Lichttechnische Gesellschaft

beginnt am Dienstag, den 24. Juni d. J. ihren 3. Jahrestag unter dem Vorsitz von Professor Dr. Leidmüller im Hörsaal des Chemisch-technischen Instituts der Technischen Hochschule. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Vertreter der staatlichen und städtischen sowie der Hochschulbehörden, insbesondere auch die von anderen Städten entsandten Ingenieure. In dem üblichen Jahresberichte gab der Vorsitzende einen Überblick über die auf dem Gebiete der Lichttechnik wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres. Die Lichttechnik ist in einem erfreulichen Fortschritt begriffen, auch das Verständnis für eine sorgfältige Pflege der Lichttechnik wächst in weiteren Kreisen. Zur Belebung des Publikums ist in einigen deutschen Städten beabsichtigt, einen Demonstrationsraum zu schaffen, in dem die wichtigsten Beleuchtungsmittel und Beleuchtungsarten vorgeführt werden sollen. In Österreich ist eine Lichttechnische Gesellschaft gegründet worden. Die Internationale Beleuchtungskommission hat die in der Deutschen Beleuchtungsstechnischen Gesellschaft organisierte deutsche Lichttechnik zur diesjährigen internationalen Sitzung nur als Zuhörer eingeladen und die Mitgliedschaft mit voller Stimme in Aussicht gestellt, sobald Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wäre. Dabei ist die Deutsche Beleuchtungsstechnische Gesellschaft nicht nur Mitglied der Internationalen Beleuchtungskommission, sondern hat auch wesentlichen Anteil an ihrer Gründung im Jahre 1913. Selbstverständlich haben die deutschen Fachgenossen diese Einladung entschieden abgelehnt.

Das Hauptthema des Jahresabends war Bühnenbeleuchtung. Den ersten Vortrag hielt Dipl.-Ing. Urub, technischer Leiter des Badischen Landes-theaters. Der Vortragende führte etwa folgendes aus: Das Theater bietet für den Beleuchtungsstechniker ein bisher noch wenig systematisch bearbeitetes, interessantes Arbeitsfeld, dessen Schwierigkeiten in den eigenartigen, vom Normalen völlig abweichenden Bedingungen und

ansprüche liegen. In den Rangtheatern der hohenzollernischen Fürstentümer des 16. Jahrhunderts finden wir die ersten Quellen von Bühnenbeleuchtungsanlagen mit Öllämpchen, die den Kuffen und Soffiten entlang angebracht sind. Auch der Kronleuchter des Zuschauerraumes mußte mit zur Erhellung der Bühne beitragen. Genügende Helligkeit wurde aber trotz der dahinter gesetzten Vorhänge nicht erreicht; auch war das Aufsteigen der Lampen recht fiedend. Durch bunte Gläser und Lappen wurden schon Effekte erzielt, z. B. die Beleuchtung bei Sonnenuntergang wirkungslos nachgeahmt. Die erste Gasbeleuchtung im Theater (1818) war trotz ihrer Feuergefährlichkeit und großen Wärmeentwicklung von so überwiegender Wirkung, daß man wegen der großen Hitze die Zahl der Lampen verringern mußte. Durch zentrale Droßelregulatoren regelte man die Helligkeit. Bald wurde auch das sogenannte Dreifarbensystem, bei dem weiß-rot-blaue Gaszylinder auf Schrauben gedreht wurden, eingeführt. Nach dem Wande des Wiener Ringtheaters erfolgte die allgemeine Einführung der elektrischen Theaterbeleuchtung, zuerst 1882 in der Großen Oper in Paris, wo 8000 Gaslampen durch 6000 Edisonlampen ersetzt wurden, die von einer Stelle aus bedient werden konnten. Die Einführung des Rundhorizontes, einer großen, halbzylindrischen Leinwand, als Abschluß der Bühne änderte das Dekorationsystem der Kuffen und Soffiten völlig. Statt hängender Dekorationen werden plastische, Häuser, Bäume usw., verwendet. Die Ausleuchtung des Rundhorizontes, der z. B. im Badischen Landestheater 20 Meter hoch und 40 Meter lang ist, bietet beleuchtungs-technische große Schwierigkeiten. Zunächst verwendet man Kugeln, welche von farbigen Seidenstoffreflektoren indirekt — also ganz diffus — auf die Leinwand leuchtete und somit dem Zuschauer die unendliche Weite vortäuschte. Die moderne Bühnenbeleuchtung verwendet fast ausschließlich gasgefüllte Starcklampen mit besonders ausgebildeten Leuchtdrahtsystemen. Ihrer Anordnung nach unterscheidet man die Allgemeinbeleuchtung mit Oberlichtern und Fußlampen in Drei- oder Vierfarbensystem, entsprechend der alten Gasseinteilung der Bühne, die Szenenbeleuchtung mit Scheinwerfern für begrenztes Licht und Reflektoren für freies Licht; je nach Anordnung und Verwendung werden sie mit „Scheinfächerbeleuchtung“, „Kosmos Scheinwerfer“, „Kosmos Scheinwerfer“ usw. bezeichnet. Die Szenenbeleuchtung (Beleuchtung des Rundhorizontes) wird mit einer Gruppe Laternen mit Starcklampen und Farbenscheiben in sieben Farben erzielt, aus denen sich dann alle möglichen natürlichen und stilisierteren Farbmischungen herstellen lassen. Durch eine „unipolare“ Horizontbeleuchtung am Bühnenboden wird die Helligkeit ausgeglichen und der Himmel von unten nach Bedarf andersfarbig angeleuchtet. Zur Effektbeleuchtung kommen dazu noch Scheinwerfer und Projektionsapparate. Geschaltet und reguliert wird die ganze Anlage durch ein zentrales Stellwerk, den Bühnenregulator, wo für jeden Stromkreis ein Hebel vorhanden ist, dessen Schaltung für die betreffende Szene jeweils vorher festgelegt ist. Der Beleuchtungsinspektor hat die Aufsicht für die Bedienung des Regulators erhaltend, die Vorhänge, das vom Maler und Regisseur hergestellte Bühnenbild der durch die Szene geforderten Stimmung entsprechend zu beleuchten, die Beleuchtungsstärke und die Lichtfarbe in feiner Weise abzustufen und somit dem Künstler an die Seite zu treten. Die Beleuchtungstechnik wird zur Beleuchtungs Kunst. Der Vortrag wurde von einer großen Zahl von Lichtbildern erläutert. Den zweiten Vortrag hatte an Stelle eines Frankfurter Göttern, der im letzten Augenblick abgesetzt hatte, Privatdozent Dr. Riede von der Technischen Hochschule Karlsruhe übernommen. Das Thema „Theorie und Praxis des Projektionsapparates“ wurde in sehr klaren Ausführungen und drastischen Demonstrationen behandelt. Daran anknüpfend, konnte in einem dritten Vortrag Diplomingenieur Unruh über die Anwendung des Projektionsapparates auf der Bühne sprechen und dabei zeigen, wie Wolken, Nebel, Regenbogen, Geisteserscheinungen u. a. im Theater durch Projektionsapparate herbeigeführt werden. Die Verbesserungen der neuesten liegen in den komplizierten Bewegungsmechanismen für das Ziehen, Steigen und Zusammenfallen der Wolkenbilder und in der Verbesserung der Optik, besonders unter Anwendung von Weitwinkelobjektiven. Außerdem aber werden ganze Bühnenbilder als Ersatz für gemalte Prospektprojiziert, und diese Anwendung des Projektionsapparates hat noch eine große Zukunft. Der nächstbeste Reiz des Bildes, die schnelle Verwandlungsmöglichkeit und die Billigkeit sprechen dafür. An der Hand von Versuchen mit gemalten Bühnenbildern wurden Anwendung und Wirkung erläutert. Am Nachmittag wurden die Bühnen des Landes-Theaters und des Konzerthauses besichtigt, wozu die Leitung der Theater in freundsicher Weise die Erlaubnis gegeben hatte.

Badischer Baubund

Am 27. Juni 1924 fand im großen Sitzungssaal des Badischen Arbeitsministeriums die 6. ordentliche Gesellschafterversammlung des Badischen Baubundes G. m. b. H. in Karlsruhe für das Jahr 1923 statt. Die von der Geschäftsleitung nach den gesetzlichen Bestimmungen aufgestellte Eröffnungsbilanz wurde einstimmig genehmigt. Das Stammkapital wurde von 1 835 000 Papiermark auf 18 350 Goldmark, demnach 100/1 zusammengelgt, so daß ein Geschäftsanteil von 500 Papiermark jetzt gleich 5 Goldmark, gleich einer Stimme ist.

Auf eine Dividendenauschüttung für das Geschäftsjahr 1923 verzichtete die 6. ordentliche Gesellschafterversammlung. Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsleitung wurde Entlastung erteilt. Die von der Rhein. Treuhänder A. G. geprüfte Bilanz zum 31. Dezember 1923 beweist, daß die Geschäftsleitung sich der wirtschaftlichen Wirtnisse des Jahres 1923 gewachsen gezeigt hat. Die Verkaufsmengen der Möbel entsprechen denen der Vorjahre, die ersten Monate des Jahres 1924 zeigen weiter eine aufsteigende Bewegung.

Der Bad. Baubund hat im Zusammenwirken mit namhaften Künstlern u. a. Prof. Fritz Spanagel und mit leistungsfähigen Werkstätten seine bewährten Möbelformen unter Verarbeitung besten Materials durch viele neue Arten ergänzt, wozu die Möbelausstellungen des Bad. Baubundes Zeugnis ablegen. Der Abnehmerkreis hat sich erweitert und umfaßt heute alle Bevölkerungsschichten. Das Teilzahlungsgeschäft konnte auch in der Zeit des Geldsturzes aufrecht erhalten werden, wenn hierbei auch durch die gemeinnützigen Grundzüge des Unternehmens in einzelnen Fällen Kursverluste nicht zu vermeiden waren.

Die Beamtenfiehungsverordnung vom 11. Februar 1924 stellte dem Badischen Baubund vor erweiterte Aufgaben auf dem Gebiet des Siedlungswesens. Nach dieser Verordnung (Reichsgesetzblatt I Seite 63) können den abgebauten Reichsbeamten oder Parteigeldempfängern für den Erwerb und Bewahrung von Grundeigentum Gelder als Zwischenkredit zur Verfügung gestellt werden. Durch Verrentung eines Teils der Bezüge abgebauter Reichsbeamten ist denselben die Möglichkeit gegeben, sich Hypotheken zu beschaffen, und damit den Zwischenkredit abzugeben.

Zunächst haben das Reichspostministerium, das Reichsverkehrsministerium und das Reichsfinanzministerium insgesamt 15 Millionen Goldmark für Zwischenkredit bewilligt,

wobon auf den Freistaat Baden nach der Bevölkerungszahl 8,9 Prozent entfallen.

Die von den Reichsbehörden gegründete Deutsche Wohnstättenbank A. G. in Berlin verwaltet diese Mittel, als Treuhänder derselben gelten die Wohnungsfürsorgegesellschaften der Einzelstaaten.

Auf Wunsch der Reichsbehörden und mit Zustimmung des Badischen Staates übernimmt für den Freistaat Baden der Badische Baubund G. m. b. H. die Durchführung der Beamtenfiehungsverordnung. Er arbeitet im Einvernehmen mit dem Beamtenheimstättenauschuß dem Beamtenfiehungsbeirat und der Deutschen Wohnstättenbank A. G.

Der Badische Baubund G. m. b. H. beabsichtigt nicht, wie einzelne Wohnungsfürsorgegesellschaften im Reiche, sich mit dem Ankauf von Baumaterialien und Bauausführungen zu befassen, sondern überläßt dieses dem Siedler oder dem von ihm beauftragten Bauherrn.

Der Badische Baubund will lediglich die Vermittlung der Geldbeschaffung nach der Beamtenfiehungsverordnung übernehmen und in Verbindung mit den Beamtenauschüssen den Weg für den Siedler ebnen.

Da in Baden etwa 5000 abgebaute Reichsbeamte gezählt werden, von denen sich nach den eingelaufenen Anträgen ein hoher Prozentsatz anzunehmen wünscht, wird das badische Bauhandwerk durch eine Belebung der Bautätigkeit und Arbeitsübernahme für die Siedler an den vom Bad. Baubund vermittelten Baugeldern indirekt Teil haben.

Nähere Bestimmungen erhalten die abgebauten Reichsbeamten durch das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenchaft, Geschäftsstelle Karlsruhe, Postausgabefach 212, oder auf Anforderung vom Bad. Baubund G. m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22.

Gauehandel mit Stoffen

Unter Mißbrauch des Namens der Badischen Landwirtschaftskammer hat in der letzten Zeit im Badischen Unterland ein Händler Anzugstoffe zu billigen Preisen vertrieben. Er erklärte, daß er die Stoffe im Auftrag der Landwirtschaftskammer nur an Landwirte verkaufe. Von einem Auftrage der Landwirtschaftskammer ist — wie diese uns schreibt — selbstverständlich keine Rede, da sie überhaupt keine Warengefische betreibt. Sie hat auch keinen einzigen Händler auch nur eine Empfehlung gegeben. Die Benutzung der Landwirtschaftskammer ist nichts als ein Händlertrick, zu dem noch das schwindelhafte Versprechen der Nachlieferung von Futter für den Anzug kommt, das jedenfalls meist zum Voraus bezahlt, aber niemals geliefert wird.

Aus dem evangelischen Vereinsleben

Vom 27. bis 29. Juni fand in Forstheim die 13. Jahres-tagung des Evang. Verbandes für die weibliche Jugend in Baden statt. Die Tagung begann mit einer Führerkonferenz am 27. Juni. In der Mitgliederversammlung am 28. Juni erstattete Herr Dr. Bendorf Bericht über den Arbeitsbericht. Der Verband umfaßt jetzt 70 Vereine mit 2300 Mitgliedern. Er besitzt ein eigenes Erholungsheim, in das auch Nichtmitglieder (Frauen, Mädchen und Kinder) aufgenommen werden, es ist das der „Lanthenhof“ bei Lohrdorf im Odenwald. Der Verband hat im letzten Jahre 7 Lehrgänge und Freizeiten mit einer Gesamtzahl von 200 Teilnehmern abgehalten. An den Arbeitstagen schloß sich ein Vortrag des Geschäftsführers des württembergischen Schwesternverbandes, Herr Schubert aus Stuttgart. Am Nachmittag versammelten sich die Vereinsleiterinnen, wobei im Anschluß an die Gedanken der bekannten Vorkämpferin in Fragen der Eitlichkeit, Frau Young-Rißmann-Freiburg, die Erziehung der Mädchen zur Reinheit gesprochen wurde. Am Abend begann der zweite Teil, die Jugen-tagung.

ep. Der Badische Jugendbund, die größte Landesgruppe des „A. D. J.“ (Bund deutscher Jugendvereine) hielt seine Vertreterversammlung, zu der 250 Händler und Leiter erschienen waren, am 29. Juni in Karlsruhe ab, unter dem Zielbunt des Dienstes: Wie können wir dem Volk, der Gemeinde, der Kirche am besten dienen? Bemerkenswert ist es, daß die Jugend als wesentliches Stück ihres Dienstes die entscheidende Befähigung von Alkohol und Nikotin ansieht und daß die Vertreterversammlung es ausdrückte, daß sie völlige Enthaltensamkeit von den älteren Mitgliedern und den Leitern erwartete.

Vom Badischen Schwarzwaldberein

Der badische Schwarzwaldberein veröffentlichte soeben in der Mai-Juninummer seiner Monatsblätter den Vorschlag für 1924 und den Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr 1923. Ersterer schließt in Einnahme und Ausgabe mit dem Summe von 46 500 Mark ab. Unter den Ausgaben ist zu erwähnen ein Zuschuß von 6250 Mark an das Kartenwerk und Zuschüsse an die Ortsgruppen im Gesamtbetrag von 2500 Mark. Für den Feldbergturm sind 2500 Mark eingezahlt. Der Bericht erwähnt dann die verschiednen Arbeiten, die im verfloffenen Berichtsjahr meist unter den größten Schwierigkeiten von den verschiednen Ortsgruppen geleistet worden sind. Die Mitgliederzahl des Vereins, die im Jahre 1922 rund 22 000 betrug, ist auf 26 000 gestiegen. Weiter ist aus dem Bericht zu entnehmen, daß das Werk „Pflanzenleben des Schwarzwaldes“ ausverkauft ist. Für eine Neuauflage haben sich, wohl infolge der schwierigen wirtschaftlichen Lage, nicht genug Abnehmer gemeldet. Vom Kartenwerk ist das Blatt Freiburg, Neustadt und Mandel vergriffen. Die Blätter müssen neu gedruckt werden. Die Bergwacht hat sich nach nicht überall eingebürgert, wo dies jedoch geschah, hat sie sich bewährt. Aufführungen und Ratschläge über diesen Punkt erteilt die Geschäftsstelle des Vereins. Wegen der Unübersichtlichkeit der Rechnungslegung aus der Inflationszeit wird für das vergangene Jahr keine Abrechnung gebracht, sondern nur kurz festgelegt, daß die Einnahmen des Sportvereins auf 708 055 566 Millionen Mark, die Ausgaben auf 418 477 038 Millionen Mark belaufen.

Landesversammlung der badischen Uhrmacher

Unter außerordentlich großer Beteiligung von Baden und darüber hinaus fand in Donaueschingen die Landesversammlung badischer Uhrmacher statt. Damit verbunden war eine Musterausstellung, die von Seiten der Uhren- und Bijouterie-industrie reich besetzt war. Infolge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise war die Kaufkraft der Besucher gering. Der Fürst zu Fürstberg hatte in der fürstlichen Sammlung eine kleine Ausstellung alter Uhren aus dem fürstlichen Besitz veranstaltet, die in höchstem Maße lebhaftes Interesse erweckte. Die sachlichen Beratungen nahmen einen interessanten Verlauf. Daran anschließend fand in den Sälen des Hotels „Lamm“ ein Unterhaltungsabend statt auf Einladung des Wirtschaftsverbandes der badischen Uhrenindustrie, der sich seit Beginn des Jahres in Donaueschingen niedergelassen hat. Montag beteiligten sich die Besucher an der Tagung an einer Fahrt nach der Uhrenfabrik Furtwangen, wo die dortige Gemeindehalle, die Uhrenfabrik und die bekannte Uhrenfabrik Furtwängler Söhne besichtigt wurden.

Der Landesausschuß der deutsch-demokratischen Partei

hielt, wie die „Neue Bad. Landeszeitg.“ berichtet, in Karlsruhe am Sonntag eine Sitzung ab, an der auch die badischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten teilnahmen.

Der Parteivorstand Hr. Dr. Gummel erörterte in einem großangelegten Referat die politische Lage. Der Redner erklärte als das Bezeichnendste für die politische Lage, die ungeheure psychologische Wirkung des Sachverständigenratens in der ganzen Welt. Das sei darauf zurückzuführen, daß man sich hier zum ersten Male seit dem Kriege frei gemacht habe von leidenschaftlichen Stimmungen, und daß man einen nüchternen und praktischen Maßstab angelegt habe. Es sei geradezu ein Verbrechen, wenn man gegenüber dem ungeheuren Fortschritt, den das Sachverständigenratens für die Lage Deutschlands bedeutet, den Standpunkt einer Ablehnung vertrete und den Widerstand gegen die sich aus dem Gutachten ergebende Politik aus rein demagogischen Gründen aufrecht erhalte. Mindestens die Deutschnationalen dürften es sich überlegen, ob sie gegen das Gutachten Sturm laufen könnten. Zwei Punkte seien allerdings „was“ bedenklich: einmal, daß die deutsche Eisenbahn ihre national-wirtschaftliche Funktion aufgeben müsse, damit eine möglichst hohe Summe für Reparationszwecke herausgewirtschaftet werden könne und zum zweiten, die Notwendigkeit, die Reparationssumme durch den deutschen Export aufbringen zu müssen. Jetzt seien wir genötigt, die deutsche Wirtschaft durch Kredite zu sanieren, sonst würde ein Zusammenbruch erfolgen, von dem wir uns vielleicht nie erholen könnten. Die politische Entwicklung der letzten Zeit, habe das Ziel, das die Politik der demokratischen Partei seit dem ersten Tag nach der Revolution sich gesetzt habe, wenigstens formal erreicht: denn heute sieht man allgemein ein, daß die Fortschritt einer europäischen und deutschen Kultur nur auf dem Wege einer Versöhnungspolitik im Innern und einer friedlichen Politik nach außen möglich sei. Verfehlt wäre es, wenn die Reichsregierung durch juristische Spitzfindigkeiten um eine Reichstagsaufhebung herumkommen wollte für den Fall, daß sich keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Gutachtens ergeben sollte. Aufgabe der deutsch-demokratischen Partei sei es, ihre Brückenstellung zwischen Arbeiterchaft und Bürgertum zu wahren. Dies sei auch der Grund, warum die Partei an der jetzigen Regierungskoalition festhalten habe, selbst wenn sie große Opfer gefordert habe.

Kommunale Rundschau

Aus dem Mannheimer Bürgerausschuß. Bei der viertägigen Vorschlagsberatung im Bürgerausschuß zu Mannheim kam es zu einer scharfen Debatte zwischen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Oberbürgermeister Kubler und den rechtsgerichteten Fraktionen. Bei der Beratung des Etats der Mittelschulen nahm der Stadtvorordnete Rechtsanwalt Girsler Gelegenheit, Kritik zu üben an dem Sakretärgeist in den höheren Mannheimer Schulen. Er verlas die ministerielle Verordnung gegen den Mißbrauch der Schulen zu politischen Zwecken. Trotzdem sah man die Kinder mit Abzeichen gegen die Staatsverordnung. Die Stadtvorordneten, Reichstagsabgeordneter Ock und der demokratische Stadtvorordnete Amtsgerichtsdirektor Volkhardt übten ebenfalls scharfe Kritik über diesen Geist in den Schulen. Oberbürgermeister Kubler war über diese Angriffe überrascht und machte darauf aufmerksam, daß in den Vorwürfen eine schwere Anklage gegen Lehrer enthalten sei, die ihre Pflicht verletzten. Es stehe aber nur dem Staatsministerium zu, hierüber die Vorwürfe zu prüfen und Maßnahmen zu treffen. Der Bürgerausschuß könne nur Stellung zu der Angelegenheit nehmen und er selbst mißbillige solche Vorgänge. Von den Sozialdemokraten wurde ein selbständiges Vorgehen angefordert, wenn keine Abhilfe erfolgen sollte.

Zur Offenburger Bürgermeisterei. Der Kandidat der Sozialdemokratie Amtmann Dr. Lehmann in Karlsruhe, hat seine Kandidatur zurückgezogen. Nunmehr wird der Stadtrat die Stelle evtl. nochmals neu ausschreiben müssen, da er von seinen Bedingungen für den Bewerber nicht abgeht. Es geht auch das Gerücht — und es wird nicht gerade bestritten —, daß der frühere Bürgermeister Dr. Bühler, jetzt Bürgermeister der Stadt Forstheim, nach Offenburg wieder zurückkehren, d. h. sich um den Posten bewerben werde. Bühler würde zweifellos wieder gewählt werden. Er stammt bekanntlich selbst aus Offenburg, wo sein Vater, der frühere langjährige Stadtrechner der Stadt Offenburg in Ruhestand lebt.

Kommunales aus St. Georgen (Schwarzwald). Der Vorschlag für 1924, der der Bürgerausschussführung zur Beratung vorlag, weist in Ausgaben 312 678 Mark, in Einnahmen 220 010 Mark auf, so daß durch Steuer vom Grund- und Betriebsvermögen 92 241 Mark und durch Bürgergenussabgabe 427 Mark zu bedien sind. An Steuerfögen sind vorgesehen: 60 Pfg. aus 100 Mark Steuerwert des Biengeschäftvermögens, 80 Pfg. aus 100 Mark Steuerwert des Betriebsvermögens. Der Vorschlag wurde angenommen.

Die Stadtgemeinde Tauberbischofsheim stellte das Gelände für einen Neubau der landwirtschaftlichen Kreiswinterschule zur Verfügung. Die Baukosten selbst bestreitet der Kreis.

Aus der Landeshauptstadt

Darlehensschwindel. In letzter Zeit mehren sich infolge des großen Geldknappheit, die unser Wirtschaftsleben beherrscht, in sehr bedenklichem Maße die Fälle der Darlehensschwindelen. Gewisse Elemente, die sich als Darlehen- oder Hypothekenvermittler ausgeben, bieten geldbedürftigen Personen oder Firmen ihre Vermittlung zur Geldbeschaffung an. Die ihnen erteilten Aufträge sollen dann an meist außerhalb unseres Landes gelegene Firmen weitergeben, denen angeblich Geldmittel aus dem Ausland zur Verfügung stehen. Es hat sich nun aber herausgestellt, daß in der Mehrzahl der Fälle diese Firmen, falls sie überhaupt bestehen, garnicht in der Lage sind das Geldbedürfnis der Darlehenssuchenden zu befriedigen. Diese hören dann nichts mehr von ihren Aufträgen und sind um ihre wohl recht erheblichen Gebühren, die sie den Vermittlern zahlen mußten, geprellt. Es kann daher von dieser Sorte von Darlehensvermittlern und Schwindelstimmern, die jetzt wie die Pilze aus dem Boden schießen, nicht einbringlich genug gewarnt werden. Gegen eine Reihe dieser Firmen und Vermittler ist bereits ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Falschgelbeschwinder! Der Polizeipräsident in Frankfurt a. M. macht darauf aufmerksam, daß seit einiger Zeit bisher noch unbekannte junge Leute im Frankfurter Hauptbahnhof ihre Anwesen trüben, indem sie den nach dem besetzten Gebiet reisenden Regierfranken anbieten, die gefälscht sind. Es wird von solchem Ankauf gewarnt und darauf hingewiesen, das Umwecheln deutschen Geldes in ausländisches nur an den dafür bestimmten Wechselstellen im Hauptbahnhof vorzunehmen.

